

Presseerklärung

„Schlagzeilen ersetzen keine Politik“ – AG 60plus kritisiert Kurs von Bundeskanzler Friedrich Merz

Berlin, 9.4.2026

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus in der SPD übt deutliche Kritik an den Aussagen von Bundeskanzler Merz zur Rückführung syrischer Geflüchteter. Die Ankündigung, innerhalb weniger Jahre 80 Prozent der in Deutschland lebenden Syrer zur Rückkehr bewegen zu wollen, sei politisch irreführend und rechtlich hoch problematisch.

Der Bundesvorsitzende der AG 60plus, Lothar Binding, erklärte dazu: „Wer mit großen Zahlen operiert, ohne zu sagen, wie sie rechtsstaatlich umgesetzt werden sollen, betreibt vor allem Symbolpolitik. Deutschland ist ein Rechtsstaat. Über Aufenthalt oder Rückführung wird nicht politisch per Quote entschieden, sondern im Einzelfall nach Recht und Gesetz.“

Rechtsstaat statt politischer Zielquoten

Die AG 60plus betont, dass Rückführungen in Deutschland nur auf Grundlage individueller Verfahren erfolgen können. Pauschale politische Vorgaben für ganze Gruppen seien weder rechtlich haltbar noch verantwortungsvoll. Binding weiter: „Wir warnen davor, Erwartungen zu wecken, die am Ende zwangsläufig enttäuscht werden. Wer so Politik macht, beschädigt das Vertrauen in staatliche Institutionen. Gerade in sensiblen Fragen wie Migration braucht es Sachlichkeit und Verlässlichkeit.“

Konsequenz bei Straftaten

Die AG 60plus stellt auch klar, dass Straftäter konsequent verfolgt werden müssen. „Wer in Deutschland schwere Straftaten begeht, muss mit den Mitteln des Rechtsstaats zur Verantwortung gezogen werden. Dazu können auch Abschiebungen gehören, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind“, sagte Binding. „Aber solche Entscheidungen werden von Behörden und Gerichten getroffen – nicht von politischen Schlagworten.“

Union wirkt orientierungslos

Zugleich sieht die AG 60plus die aktuelle Debatte als Ausdruck tieferer Probleme innerhalb der CDU/CSU Deutschlands. „Die Union sendet derzeit widersprüchliche Signale: Bei Rentenfragen, Sozialpolitik und wirtschaftlichen Reformen gibt es offensichtlich massive interne Konflikte“, erklärte Binding. „Statt klarer Regierungsarbeit erleben wir immer neue Einzelvorstöße.“ Gerade ältere Menschen erwarteten jedoch Stabilität und Planbarkeit. „Seniorinnen und Senioren brauchen Sicherheit – bei Rente, Pflege und sozialer Infrastruktur. Dauerhafte politische Unruhe hilft niemandem.“

„Deutschland braucht Verlässlichkeit statt Ankündigungspolitik“

Die AG 60plus fordert Bundeskanzler Merz auf, zu einer verantwortungsvollen politischen Linie zurückzukehren. Binding abschließend: „Deutschland braucht eine Union, die Probleme löst und nicht täglich neue Schlagzeilen produziert. Integration stärken, den Rechtsstaat achten und soziale Sicherheit garantieren – darauf kommt es an.“